

Europabüro der baden-württembergischen Kommunen - Rue Guimard 7, B-1040 Bruxelles

European Commission
DG Regional and Urban Policy – Unit H1
BU-1 00/194
B-1049 Brussels
Belgium
regio-h1-urban-territorial@ec.europa.eu

Brüssel, 26. September 2014

Stellungnahme zur Konsultation zur städtischen Agenda

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen ist eine Einrichtung der drei kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs, d. h. des Gemeindetags Baden-Württemberg (1.057 Mitglieder), des Städtetags Baden-Württemberg (185 Mitglieder) und des Landkreistags Baden-Württemberg (35 Mitglieder) sowie zahlreicher kommunaler Zusammenschlüsse. Es vertritt die Interessen seiner drei Trägerverbände in Baden-Württemberg gegenüber den EU-Institutionen. In den baden-württembergischen Kommunen leben ca. 10,6 Mio. Einwohner.

Im Namen unserer Trägerverbände möchten wir Ihre Konsultationsfragen wie folgt beantworten.

- 1. Welche Gründe sprechen für eine EU-Städteagenda? Wo können EU Maßnahmen den höchsten Mehrwert erzielen? Welche Elemente der Stadtentwicklung würden von einem stärker konzertierten Ansatz der verschiedenen Branchen und Entscheidungsebenen profitieren?**

Wir sehen in einer Städteagenda das Potenzial, auf europäischer Ebene auf größere Offenheit für die kommunale Sicht hinzuwirken. Wir sehen aber auch die Gefahr einer Übersteuerung in Richtung einer ganz auf Metropolen ausgerichteten EU-Politik.

- 2. Sollte sich eine EU-Städteagenda auf eine begrenzte Anzahl städtischer Herausforderungen konzentrieren? Oder sollte eine EU-Städteagenda einen allgemeinen Rahmen darstellen, um die Aufmerksamkeit bereichsübergreifend auf die städtische Dimension der EU-Politikfelder zu lenken und die Koordinierung zwischen branchenbezogenen Maßnahmen, städtischen, nationalen und EU-Akteuren stärken?**

Wir begrüßen ausdrücklich den mit dieser geplanten Agenda verbundenen Ansatz, die kommunale Ebene stärken zu wollen. Die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger bestätigt, dass gerade intakte kommunale Infrastrukturen zentrale Faktoren für die Gewährleistung eines adäquaten Lebensstandards darstellen. Nicht zuletzt wird die Daseinsvorsorge zu einem großen Teil von den Kommunen gewährleistet. Gerade in Baden-Württemberg, wo die kommunale Selbstverwaltung auch über die Landesverfassung garantiert ist, zeigt sich, dass erfolgreiches kommunales Handeln auch maßgeblich zu einem erfolgreichen Wirtschaftsstandort beiträgt. Durch die eher kleinteilige Struktur – gepaart mit der genannten Selbstverwaltungshoheit der Kommunen – gelingt es in Baden-Württemberg flächendeckend einen gleichermaßen hohen Lebensstandard zu gewährleisten. Das gilt sowohl für ländliche als auch für urbane Gebiete. Zugleich ist auch bei der Wirtschaftskraft nur ein bemerkenswert geringes Stadt-Land-Gefälle gegeben.

3. Ist das in „Städte von morgen“ entworfene europäische Stadtentwicklungsmodell ausreichend, um die Arbeit an der EU-Städteagenda voranzubringen?

Eine gründliche Konsultation der Städte wird begrüßt, bedarf aber einer längeren als der hier gegebenen Befassungsfrist.

4. Wie können städtische Interessenträger besser zur Politikgestaltung und zu den Umsetzungsprozessen auf EU-Ebene beitragen? Müssen die Städte stärker in die Politikgestaltung auf regionaler, nationaler und EU-Ebene einbezogen werden? Wie?

Im 21. Jahrhundert stehen die Städte und Gemeinden in Europa allerdings mehr denn je vor der Aufgabe, die Weichen für die Zukunft stellen zu müssen. Nachhaltigkeit wird bei dieser Zukunftsentwicklung sowohl ein notwendiger als auch ein von den Kommunen gewünschter Faktor sein. In Baden-Württemberg gibt es 1.101 Städte und Gemeinden ganz unterschiedlicher Größe. Ein Stadt-Land-Gefälle ist dabei nicht auszumachen. Gerade deshalb gehört Baden-Württemberg zu einer der erfolgreichsten Regionen innerhalb der Europäischen Union. Sowohl die Wirtschaftskraft als auch die soziale Absicherung sind hier weit überdurchschnittlich und vor allem auch flächendeckend ausgeprägt. Baden-Württemberg kommt damit eine Vorbildfunktion innerhalb der EU zu. Umso bedeutender ist es auch aus gesamteuropäischer Sicht, dass der in Baden-Württemberg erfolgreich beschrittene Weg durch eine nachhaltige Ausrichtung fortgeführt wird. Letztlich wird dies auch in anderen Regionen einen Impuls freisetzen, diesem positiven Vorbild folgen zu wollen. Deshalb wollen wir ausdrücklich anregen, dass im Rahmen der EU-Städteagenda erfolgreiche Strukturen mit eher kleineren Städten und Gemeinden wie in Baden-Württemberg entsprechend Berücksichtigung finden. Maßgeblich für das Gelingen dieses Zieles wird es dabei sein, dass die nachhaltige Weiterentwicklung auch flächendeckend in Baden-Württemberg erreicht wird.

5. Wie können eine bessere städtische und territoriale Wissensbasis und der Erfahrungsaustausch am besten unterstützt werden? Welche konkreten Elemente der Wissensbasis müssen gestärkt werden, um die Politikgestaltung besser zu unterstützen?

Dringend geboten ist, deutsche kreisangehörige Städte und Gemeinden systematisch zu stärken: Das NUTS-System berücksichtigt sie nicht: der Satz „Die Anzahl der Verwaltungs- oder Regierungsebenen variiert von zwei bis vier“ (Seite 6; das wären also 1. Bund, 2. Länder, 3. Regierungsbezirke und 4. Kreise und Kreisfreie Städte) widerspricht dem Sinn des Artikels 28 (2) des deutschen Grundgesetzes.

6. Welche Rolle sollten die lokale, regionale, nationale und die EU-Ebene bei der Festlegung, Entwicklung und Umsetzung einer EU-Städteagenda spielen?

Wie in Europa, so ist auch in Baden-Württemberg der Großteil der Bevölkerung in eher ländlich geprägten Städten und Gemeinden beheimatet. Dabei ist das Größenspektrum der Kommunen erheblich und reicht von unter 100 bis über 600.000 Einwohnern. Eine beschränkte Zielrichtung der nachhaltigen Weiterentwicklung auf große Städte allein wird daher in Bezug auf eine gesamtgesellschaftliche Bewusstseinsveränderung allein nicht ausreichen. Dies kann nur gelingen, wenn auch die kleineren und mittleren Städte und Gemeinden im Gleichschritt dieses Ziel verfolgen.

Wir bitten Sie, die o. g. Punkte bei der Vorbereitung einer Städteagenda zu berücksichtigen. Bitte zögern Sie nicht, sich für eventuelle Rückfragen mit mir (E-Mail: m.silzer@europabuero-bw.de; Tel. 0032 2 513 65 46) in Verbindung zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martin Silzer
Leiter des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen